

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

35 (10.2.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-553858](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-553858)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich 75 Pfg. bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Insertate die fünfzehntägige Korrespondenz oder deren Raum für die Inserenten in Villingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Ästeten 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechend Rabatt. Willen Inseraten aus Kleinere als der Grundgebühr gestellt werden, so werden sie auch nach dieser berechnet. Refraktionsrate 50 Pfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Vant, Väterstraße 20/22. — Fernsprecher 530. —
Filiale in Heppens: Almenstraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Vant, Freitag den 10. Februar 1911.

Nr. 55.

Wahnsinn zu Wasser und zu Lande.

Wien, am 7. Februar.

Das heutige Heeres- und Marinebudget Oesterreich-Ungarns bezeichnet eine völlige Umwälzung. Das Tempo langsame Fortschreitens wird ausgesetzt, mit einem raschen Anlauf drängt sich die Monarchie in die vorberstehende Reich. Ein neuer Anlauf zu gewaltigen Rüstungen in ganz Europa ist damit gegeben. Denn Italien, die Balkanländer und Rußland haben ihre Gegenmaßnahmen getroffen, von hier aus läuft der Kreis der Rüstungen weiter. Gleich als man die neuen Ziffernaufstellungen des Etats zu Gesicht bekam, war das Erstaunen groß und schmerzhaft. Eine Steigerung des Budgets um rund 100 Millionen, nachdem in den zwei vorangehenden Jahren die Annahmekredite nahezu eine halbe Milliarde verschlungen hatten! Seitdem jedoch der Marinekommandant Graf Montecucoli und der Kriegsminister Schönaich ihre erklärenden Reden gehalten haben, wissen wir, daß auch die heutige Steigerung nur einen ersten Anfang bedeutet. Graf Montecucoli hat ein Flottenprogramm entwickelt, das wahrhaft Grauen einflößen mag. Er erklärt es als unbedingte Notwendigkeit, daß Oesterreich-Ungarn jetzt 35 bis 40 Schlachtschiffe modernen Typs bis zum Jahre 1920 beschafft. Nach dem übereinstimmenden Urteil der „Jadanten“ können aber höchstens drei von den jetzt existierenden Panzerschiffen als fähigfähig gelten. Es müssen sonach dreizehn bis zum Jahre 1920 gebaut werden, außer den vier Dreadnoughts, die bis Anfang 1916 fertiggestellt sein werden, in der nächsten Bauperiode nicht weniger als neun. Der Marinekommandant verlangt weiter je einen Kreuzer für je ein Schlachtschiff. Aber wenn die modernen Schlachtschiffe 20 Knoten laufen, müssen die Kreuzer eine Schnelligkeit von 24 bis 28 Knoten erreichen, und diese besitzt bisher ein einziges in der österreichischen Flotte. Nebenbei bezichtigt unter 74 Torpedobootzweiger der Marinekommandant 36 als veraltet.

Die Kostenrechnung des Zukunftsprogramms kann jeder leicht entwerfen, wenn er weiß, daß ein Schlachtschiff 60 und ein Kreuzer 30 Millionen kostet. Wir gelangen dann für Schlachtschiffe und Kreuzer allein zu 1230 Millionen — und das soll in zehn Jahren in Baubaten geleistet werden, ungeachtet die kleinen Schiffe und alle übrigen Wehrkosten! Niemand wird die Aufstellung für phantastisch halten, wenn er die jüngstste Entwicklung des Marinebudgets in den letzten Jahren betrachtet. Unter dem berühmten Tegethoff war in den Jahren 1868 bis 1870 der Marineetat von 14 auf 28 Millionen Kronen gestiegen, er sank nach dessen Tode auf 18 Millionen im Jahre 1884. Hierauf wuchs er heran und erreichte bei Montecucoli Amtsantritt im Jahre 1904 50 Millionen. Heute sechs Jahre später, halten wir bei 125 Millionen und werden nach des Admirals Angaben 1916 mindestens 145 Millionen erreicht haben, da die Erhaltungskosten mit den Baufolien in Einklang gebracht werden müssen. Doch wird niemand diese Zahl für richtig halten, der sich vor Augen hält, daß die 1907 bewilligten, 1910 ausgebauten Schiffe der Habsburgflotte je fünf Millionen teurer gebaut wurden, als der Vorkurschlag lautete. Der moderne Marinismus liegt ganz in diesen Zahlen ausgeprochen. Der Sieger von Vissa kam mit diesen Zahlen ausgeprochen. Der noch nicht die Hälfte der Baufolien eines einzigen Dreadnoughts betrug. In 35 Jahren, 1871 bis 1904, ist der Marineetat um 22 Millionen gewachsen, in den darauf folgenden sechs Jahren um 75 Millionen. Niemand zweifelt nach der Rede Montecucolis, daß wir schon 1916 bei 200 Millionen jährlich angelangt sein werden. Ebenso wird der Mannichsstand, der sich 14 000 Mann beträgt, zunächst auf 17 000 und in den Jahren 1916 bis 1920 auf 21 000 Mann gesteigert werden. Immer halte man sich dabei vor Augen, daß Oesterreich eine einzige große Hafenstadt und die geringste Marineentwicklung unter allen Großstaaten Europas besitzt.

Das Ungeheuerliche ist nun aber, daß dieser rasche Ausbau einer Flotte, der Oesterreich-Ungarn „eine würdige Position unter den europäischen Mächten“ erlangen soll, gleichzeitig unternommen wird mit der gewaltigsten Umgestaltung des Heeres. Da soll nun alles von Grund auf neu werden. Um dem Verdorren der Arme — nach den Annahmekursen! — ein Ende zu bereiten, hat im Herbst vergangenen Jahres der Generalstab eine Steigerung der jährlichen laufenden Ausgaben um 120 Millionen Kronen und einmalige Mehraufwendungen von 355 Millionen Kronen gefordert. Die beiden Regierungen haben die Forderung auf 100 Millionen Erhöhung der laufenden Ausgaben und 100 Millionen einmalige Mehraufwendungen „herabgesetzt“. Die Steigerung des normalen Kriegsbudgets wird in fünf Gradationen von 1911 bis 1916 durchgeführt. Nun würde man erwarten, daß bei so ungeheuren Aufwendungen, die

neben dem 312-Millionen-Kredit des für das nächste Jahr fünf präludierten Dreadnoughtbaues einbringen, wenigstens die vielbesprochene „Armeeform“, als deren Kern die Einführung der zweijährigen Dienstzeit gilt, durchgeführt werden müßte. Welt gefehlt. Der Kriegsminister rechnet so: Die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit erfordert an fortlaufenden Ausgaben 68,9 Millionen Kronen und an einmaligen Ausgaben 74,9 Millionen Kronen. Innerhalb der fünfjährigen Frist werden befristet werden 44,1 der laufenden und 38,5 der einmaligen Ausgaben, so daß über das Jahr 1915 hinaus noch 20,7 Mill. Kronen fortlaufende und 36,4 Mill. Kronen einmalige Ausgaben in Frage stünden. Wohin, fragt man erntant, kommt der Rest der — um nur von den laufenden Ausgaben zu sprechen — zwischen 100 und 44,1 Mill. liegt? Er wird verbraucht zur „Sanierung des Budgets“, zur „technischen Ausgestaltung“ des Heeres, mit anderen Worten, der größte Teil der Mehrausgaben hat mit der Armeeform nichts zu tun.

Und diese Armeeform selbst? Mit ausgelagerter Infanterie und Verlegenheit haben seit Jahren die Regierungen und ihre Offiziere alle denkbaren Wehrkosten hinter den Vorwand der Befähigung der Dienstzeit gestellt, und dadurch die notwendige und volkswirtschaftliche Reform demagogisch gemacht. Noch das jetzt vorliegende Budget bringt Aufwendungen wie die Festungsarbeiten in Bosnien dreißig mit der zweijährigen Dienstzeit in Beziehung. Nun haben die bürgerlichen Parteien, zu Folge des Dreadnoughtbudgets anzugreifen und ersichernd über die riesigen Rüstungen, eine zeitliche Verschiebung der zweijährigen Dienstzeit vorgeschlagen. Da müßte der Kriegsminister seine Karten aufdecken. Der Kriegsverwaltung, so bekannte er, handle es vor allem um die Befähigung der Truppe. Würde man die zweijährige Dienstzeit nicht einführen, so müßte selbst bei dreijähriger das Rekrutenkontingent um 24 700 Mann erhöht werden und bei zweijähriger Dienstzeit würde die Erhöhung, der dann aber die Entlassung des dritten Jahrganges entspräche, 54 400 Mann betragen. Wir anderen Worten: die zweijährige Dienstzeit ist Rekrutjähre, Hauptlücke die Erhöhung des lebenden Heeres um 60 000 bis 70 000 Mann. Und diese vergrößert natürlich auch gewaltige Wehrkosten. Die zweijährige Dienstzeit bei gleicher Stärke des Heeres würde höchstens 15 Millionen jährlich an neuen Kosten herbeiführen und auch das hält Schönaich nicht für ausgemacht. Das heißt somit die Reform volkswirtschaftlicher Natur ist, folgt sie so gut wie nichts, soweit sie dem Militarismus zugute kommt, Hunderte von Millionen.

(Dresdener Volkszeitung.)

Politische Rundschau.

Vant, 9. Februar.

Die neue Militärvorlage in der Vnderkommission.

Am Mittwoch wurde die hauptsächlich vertraulich geführte Generaldebatte über die Bedürfnisfrage zu Ende geführt. Der Nationalliberalismus (Dann) ließ durchblicken, daß die Nationalliberalen auch eine erheblich größere Vorlage bewilligt haben würden. Um diese Bewilligungslust wenigstens ein bißchen begreiflich zu machen, sprach Dann die Meinungen der übrigen Großmächte auffällig lobpreisend heraus. Von der Sozialdemokratie forderte er, sie solle in Zukunft den Auslegern besser behutsam, wenn er auf deutschem Boden verhalte. Dann will offenbar den Jaren bei guter Laune erhalten. Der Volkspartei (Schönaich) warf den Abwärtsgedanken in die Debatte und vertrat die Forderung seines Fraktionsgenossen Müller-Meinungen, eine Reform des Besatzrechts und der militärischen Rechteinsichtungen überhaupt bei dieser Vorlage mit durchzuführen. Der Nationalliberal (Dann) bestätigte ausdrücklich, daß die Nationalliberalen sehr gern eine große Militärvorlage bewilligt hätten, und daß sie nur infolge der Erklärungen des Kriegsministers auf entsprechende Anträge verzichteten, „schweren Herzens“ wie Herr Böcker versicherte.

Unter Genossen Roste und Süßden griffen die geistigen Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und die Darlegungen des Kriegsministers über die „Notwendigkeit“ der Reformierung energisch an. Während Süßden nachwies, daß die jetzt geforderte Truppenvermehrung zur angeblichen Videnausfüllung sofort wieder neue Videns schaffe, also die Gefahr neuer Forderungen in sich birge, dabei, abgesehen von vielen anderen Gründen, schon aus diesem Grunde die Ablehnung dringend geboten sei, zeigte Roste in einer Zuspitzung der gesamten politischen Situation, daß eine Truppenvermehrung unmöglich sei. Roste nagelte die nationalliberalen Bewilligungslust fest und wies gegen die Sozialdemokratie erhobenen Angriffe zurück. Unter allen Umständen müsse gefordert werden, daß die Militärovernahme, wenn sie schon wieder so hohe neue Aus-

gaben machen wolle, den vielfach vom Reichstage geäußerten Wünschen wegen des Besatzrechts, wegen energischer Vorgehens gegen die Soldatenmishandlungen und geistlicher Ersparnis im Heeresetat entgegenzukommen habe. Das nicht daran zu denken sei, unter den heutigen Umständen die Sozialdemokratie zur Bewilligung einer Militärvorlage zu bewegen, wurde von beiden Genossen mit Entschiedenheit betont.

Dann wurde in die Beratung der Deckungsfrage eingetreten. Der Referent, Herr v. Eyren, gab dabei Zahlenmaterial bekannt, das ganz andere und höhere Aufwendungen für die neue Militärvorlage angab, als sie im Gesetzentwurf zu finden sind. Die Darlegungen wurden vom Abg. Erzberger in recht interessanter Weise ergänzt. Er zeigte, daß die gesamten Aufwendungen für die Vorlage bis zum Jahre 1917 nicht, wie irrtümlich allgemein aus dem Entwurfe entnommen werde, nur 104,4 Millionen betragen, sondern 141 Millionen. Es handle sich also um eine Vorlage von sehr großer finanzieller Tragweite. Das ergebe sich schon aus einer Gegenüberstellung der Gesamtschulden gegen die früheren Vorlagen. An fortlaufenden Ausgaben erforderten die Militärvorlagen 1880: 17,1 Millionen, 1887: 23 Millionen, 1890: 18 Millionen, 1893: 64 Millionen, 1899: 27,3 Millionen, 1905: 11,7 Millionen und die jetzige Vorlage 21,8 Millionen jährlich. Die einmaligen Ausgaben, die allerdings nicht streng vergleichbar seien, weil früher Katenen und andere Gebäude nicht immer gleich angefordert wurden, ergeben folgendes Bild: 1888: 26,7 Mill., 1887: 24,2 Millionen, 1890: 40 Millionen, 1893: 67,8 Millionen, 1899: 132,7 Millionen, 1905: 62,1 Mill. und 1911: 82,4 Millionen. Das Zentrum sehe eine Bedingung der Ausgaben für die neue Vorlage nicht als gegeben an und müsse sich auf den Standpunkt stellen: Keine Ausgabe ohne Deckung! Danach werde das Zentrum auch handeln.

Nun folgte für die Kommission eine Sensation. Schatzsekretär Wermuth erklärte, von den Zahlen, die Erzberger vorgetragen habe, und die ihm, wie hinzugefügt sei, im Kriegsministerium gegeben worden sind, aber im Gesetzentwurf fehlen, wisse das Schatzamt nichts. Das Schatzamt habe sich lediglich an die Zahlen des Entwurfs gehalten und halten müssen. Er übernehme nicht die Verantwortung dafür, ob im Etat für 1912 die vorgesehenen Mehrausgaben auch zur Verfügung ständen, wie denn überhaupt noch große Sorgen vorhanden seien, auf welche Weise die geforderten Mehrausgaben in den nächsten Jahren aufgebracht werden sollten. Die für 1912 im ordentlichen Etat geforderten Mehrausgaben für die Flotte gälten als ohnehin die finanziellen Verhältnisse sehr schwierig, lebhaft wandle sich der Schatzsekretär, ohne die allerdings ausdrücklich zu nennen, gegen die Nationalliberalen und gegen die inaktiven Offiziere, die auf eine weit größere Militärvorlage hingearbeitet hätten. Herr Wermuth erklärte, es wäre sehr bedenklich, wenn solchen Stimmungen nachgegeben werden würde. Die Feststellung der jedes Jahr für die neue Militärvorlage zu machenden Ausgabe müsse von Jahr zu Jahr erfolgen. Für den Kriegsminister, der den beiden Referenten Zahlenmaterial über die finanzielle Wirkung der Vorlage gegeben hatte, die dem Schatzamt unbekannt geblieben sind, war die Situation nun eine sehr kritische. Derzeit erklärte er einfach seine Hebereinstimmung (?) mit dem Schatzsekretär, wodurch aber keineswegs verurteilt werden kann, daß zwischen den beiden Kriegsgeldern v. Eyren und von Tschup auf der einen und dem Schatzsekretär Wermuth auf der anderen Seite erhebliche Spannungen bestehen.

Die Nationalliberalen waren nach der Rede des Schatzsekretärs so verblüfft, daß sie erklärten, ohne vorherige Verständigung mit ihrer Fraktion nicht weiter verhandeln zu können. — Die Sitzung wurde darauf vertagt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch beriet das Haus den Zwangsverbands-Gesetzentwurf für Groß-Berlin. Ebenso wie der allgemeine Entwurf fand auch er die Zustimmung fast aller Redner. Hr. v. Jellich verurteilte bei dieser Gelegenheit, die Gemeinden von Groß-Berlin scharf zu machen, indem er ihnen riet, keine Sozialdemokraten in die Verbandsoberstellungen zu wählen. Abg. Cassel nahm sich besonders der Interessen Berlins an. Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat Genosse Hirsch, der zunächst mit Jellich abrechnete und ihm vorhielt, daß die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Kommunen, besonders auch in Groß-Berlin, selbst von den Gegnern anerkannt worden sei. Unter Redner verlangte in erster Linie Eingemeindung der Vororte; nur für den Fall, daß das nicht zu erreichen sei, seien wir mit den Zwangsverbänden einverstanden. Genosse Hirsch wies darauf hin, daß das ein Lieblingsgedanke unseres Genossen Singer gewesen sei. Der Umfang des Verbandsgebietes sei zu

Idematisch abgegrenzt; ferner werde das Selbstverwaltungsrecht geschützt. Genosse Hirsch wies auch darauf hin, daß der Entwurf der Verfassung widerspreche; nach der Verfassung sei das Eigentum unteilbar, während hier die Selbstverwaltung anderen Gemeinden Eigentum wegnehmen könne. Die Sozialdemokratie habe ja gegen diese Art der Konstitution nichts einzuwenden; im Gegenteil könne sie für die Zukunft daraus lernen; aber tatsächlich widerspreche jene Bestimmung der Verfassung.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt werden, da die Sitzung am Donnerstag ausfällt.

Nach ein Meisurteil.

Der Meisurprozeß gegen Schöder und Genossen ruft durch seinen heftigen erfolgreichen Ausgang die Erinnerung an andere ähnliche Fälle hervor, in denen aber eine Korrektur des seinerzeit ergangenen Urteils nicht erfolgt ist. Einer der schlimmsten dieser Fälle ereignete sich vor neun Jahren in Meiningen. Dort wurde Anfang März 1902 der Arbeiter Harder vom Gültrower Schwurgericht des Meisurs „aus sozialdemokratischem Parteinteresse“ schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Sachverhalt war folgender:

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Rostock, Gen. Dr. Hergfeld, hielt im Februar 1901 im Dorfe Ramin bei Rostock eine unpolitische Sprechstunde ab. Der Wirt, der sein Lokal in dieser Sprechstunde hergegeben hatte, wurde daraufhin in Briefe genommen, weil er während der Sprechstunde Bier ausgegeben haben sollte, was er leibhaftig bestritt. Als Hauptanklagegegenstand trat für ihn in der Schöffengerichtsverhandlung Harder auf, der behauptete, er habe wohl beim Wirt Bier getrunken, doch sei dies nach der Richtigkeit gewesen. Er habe, ehe er in die Hergfeldsche Sprechstunde ging, bei der Arbeiterfrau Niemann einen Teller voll Röhre und Pfannen gegessen, das bestritt ihn in der Anklage, daß die Röhre schon vorher war, als er sich in das Gasthaus begab.

Der Staatsanwalt erhob daraufhin gegen Harder Anklage wegen Meisurs und bezieht sich auf das Zeugnis eines Händlers Walf, der behauptete, er sei zu gleicher Zeit mit Harder bei der Frau Niemann gewesen, und Harder habe dort überhaupt keine Röhre gegessen. Vier andere Zeugen versicherten dagegen, sie hätten den Harder bei der Frau Niemann Röhre essen gesehen, nur behauptete die jedenfalls stark eingeschränkte Frau selbst, es sei dies nach der Sprechstunde gewesen. Der Belastungszeuge Walf, der gegen Harder Anzeige erstattet hatte, wurde im Laufe der Verhandlung derart bloß gestellt, daß ihn selbst der Staatsanwalt preisgeben mußte. Dieser wehrte aber nunmehr den Standpunkt, der Angeklagte habe allerdings Röhre gegessen, doch sei das nicht nach der Sprechstunde, sondern vor der Sprechstunde gewesen. Harder habe unter seinem Eide die Unwahrheit gesagt, um „im sozialdemokratischen Parteinteresse“ den Wirt vor Bestrafung wegen Bierauschanks während der Richtigkeit zu schützen.

Die Geschworenen (sieben Gutshöfner, ein Förster, ein Hausmann a. D., ein Fabrikant, ein Voltmeister und ein Professor) gingen tatsächlich auf die ungeheuerliche Konstitution des öffentlichen Anklägers ein, und das Gericht verurteilte Harder, den Vater von acht lebenden Kindern, zu zwei Jahren Zuchthaus.

Auch für diesen Gültrower Meisurprozeß gilt das Wort, das der Staatsanwalt im Öffener Wiederaufnahmeverfahren über den Schöderprozeß sagte: ihm sei das größte Unglück widerfahren, das einem Prozeß überhaupt passieren könne, er sei nämlich zu einem politischen Prozeß gemacht worden. Den Ausgangspunkt der ganzen Affäre bildet das reaktionäre Treiben der Meiningener Regierung, die damals alle sozialdemokratischen Versammlungen ausnahmslos unterlagerte. Um überhaupt mit seinen Wählern Fühlung halten zu können, mußte der Abgeordnete Gen. Hergfeld zum Enten der Sprechstunde greifen, nur aber wurde die ganze Volkselemente auf die Wirtse losgegangen, die ihr Lokal zu solchen Sprechstunden hergaben. Um den Ramin Wirt für die Hergebe des Lokals zu bestrafen, hängte man ihm die Anklage wegen Bierauschanks während der Richtigkeit an, und als auch dies Mandat mißglückte, mußte der unfähige Harder herhalten, über den sich dann der Zorn der Verfolger zerstreuen mußte.

Wären Ankläger und Geschworene im Gültrower Meisurprozeß nicht von politischen Vorurteilen verblendet gewesen, so hätten sie nicht annehmen dürfen, daß ein Vater von acht Kindern sich durch einen Meisur dem Zuchthaus überliefert, um einen Wirt vor einer kleinen Ordnungstrafe zu retten. Sie hätten mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß die Widersprüche der Zeugenaussagen auf die natürliche Schwäche des menschlichen Gedächtnisses zurückzuführen sind, ohne daß dabei vorläufig Unwahrscheinlichkeiten ausgelegt zu werden brauchen. Selbst wenn Harder die verhängnisvollen Röhre nicht auf dem Hinweg zur Sprechstunde, sondern erst auf dem Rückweg gegessen haben sollte, was keineswegs erwiesen ist, spräche die größere Wahrscheinlichkeit für einen Irrtum, nicht für eine vorsätzlich falsche Aussage. Jedenfalls kann man es mit Sicherheit ausprechen: Harder wäre nie angeklagt, nie verurteilt worden, hätten nicht jene Verfolger der Ansicht geglaubt, daß Leute von sozialdemokratischer Gesinnung ohnehin schon und auf alle Fälle ins Zuchthaus gehören.

Müßige Witterungen lachen es bei der Besprechung des Falles Schöder und Genossen so darzustellen, als ob ungerechte Urteile eine Seltenheit wären und regelmäßig auch wieder gutgemacht würden. In Wirklichkeit ist der Öffener Prozeß nur darum so außerordentlich, weil er mit einem Siege der Gerechtigkeit schloß. Das Gegenteil davon erlebt man in gewissen Gegenden des Reichs leider viel öfter.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Febr. Wie wir hören, ist beabsichtigt, den Reichsgesundheitsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes in nächster Zeit in Berlin zusammenzurufen, um zu dem Austritt der Pest in Ostafrika Stellung zu nehmen.

Es handelt sich bei dieser Beratung nicht um die Festsetzung von Vorkehrungsmaßnahmen, die deutsch-seitig zu treffen sind, sondern um die Frage, ob Deutschland die von China angeregte internationale Konferenz zum Studium der Mumpen durch Delegierte beehren soll.

Am 17. Februar treten die Polizeipräsidenten Breuhens in Berlin zu einer Konferenz zusammen.

Handelsverträge vor dem Reichstag. Der Abbruch neuer Handelsverträge mit Japan und mit Schweden kam nicht mehr lange hinausgeschoben werden, so daß noch dem jetzigen Reichstag die Verträge unterbreitet werden sollen. In beiden Fällen handelt es sich um Tarifverträge, die meist zu recht umständlichen Verhandlungen nötigen. Die Regierung scheint jedoch den Reichstag noch recht lange zusammenhalten zu wollen.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags. In ihrer Dienstsitzung beschloß die Wahlprüfungskommission die Wahl des Abg. Kochan (Natl.) vorläufig zu beanstanden und über eine Anzahl Protestpunkte Beweis zu erheben. Kochan ist gewählt in Cleve-Land für den verstorbenen ehemaligen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg. Die konservative Parteileitung hat wegen angeblicher amtlicher Wahlbeeinflussung gegen die Wahl Kochans Protest erhoben. Das Plenum des Reichstags wird vermutlich nicht mehr in die Lage kommen, über die Gültigkeit des Kochanschen Mandats zu entscheiden.

Kurpflegenverbot. Der Kommission lag am Mittwoch ein Antrag Hahnbens (Ztr.) vor, der für nichtapprobierte Krankenbehandlung einen Befähigungsnachweis verlangte. Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung sollte das Reisezeugnis einer Mittelschule sein. Durch die Prüfung sollte der Nachweis erbracht werden für das Vorhandensein zahlreicher Kenntnisse für die Behandlung, die Wartung und den Umgang mit Kranken. Die Prüfungskommission sollte bestehen aus einem Verwaltungsbeamten als Vorsitzenden, einem approbierten Arzt, der keine Praxis ausübt, einem Mittelschullehrer, einem approbierten Naturarzt, einem approbierten homöopathischen Arzt. Dieser Antrag wurde sowohl von der Regierung, wie auch von den Sozialdemokraten scharf bekämpft. Die Tendenz des Antrages wäre auf die Vereinfachung der Kurpflegenbeschränkungen. Die Regierung widersprach, weil nach dem Antrag Krankenbehandlung eine staatliche Approbation erhalten hätten, obwohl sie die hierfür vorgeschriebenen acht Semester Universitätsstudium nicht nachweisen konnten. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Der § 1 des Gesetzes konnte auch in dieser Sitzung noch nicht erledigt werden.

Eine Petition Berlins gegen den Zwangsverband. In einer Petition an den preussischen Landtag hat die Stadt Berlin ihre Bedenken gegen den Zwangsverbands-Gesetzentwurf zusammengefaßt. Zunächst wird betont, die bessere Lösung der Aufgabe, dem Groß-Berliner Wirtschaftskörper die Entwicklung zu erleichtern, sei Eingemeindung großer Umfänge. Dann wird die große räumliche Ausdehnung des für den Berliner Zwangsverband geltenden Gebietes getadelt. Dadurch, daß das Gebiet im Norden und Süden die unverhältnismäßige Ausdehnung bis nahezu 60 Kilometer erhalten werde, würden Distrikte von vorwiegend ländlichem Charakter einbezogen, deren Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Interessen Groß-Berlins nur sehr wenig gemein habe.

Die Petition wendet sich dann gegen die Bestimmung des § 4 des Entwurfes, nach dem bei der Übernahme bestehender Bahnen durch den Verband und bei Eingriffen in die Rechte der Verbandsmitglieder „angemessene Entschädigung“ geleistet werden soll; gefordert wird die Bestimmung, daß eine volle Entschädigung nach den Grundsätzen des Enteignungsrechts zu gewähren sei. Endlich wird noch die zu geringe Stimmzahl Berlins in den Verbandskörperlichkeiten besprochen. Für ganz unzulässig wird das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. April d. J. gehalten, weil bis dahin die nötigen Verbandorgane gar nicht gebildet sein können.

Wahlreform in Braunschweig. Der Landtag des Herzogtums Braunschweig beschloß am Mittwoch mit 36 gegen 8 Stimmen die Regierung um die Vorlage eines Wahlgesetzes zu ersuchen, das die Dreiklassenwahl mit dem geheimen, direkten Wahlrecht verbindet.

Oesterreich-Ungarn.

Christliche Kauf- und Adau-Brüder. Im Abgeordnetenhaus kam es am Dienstag bei der Debatte über das Hausiergesetz zu einer Rausche. Der jüdische Abgeordnete Dr. Mahler kritisierte in scharfer Weise das Vorgehen der Christlichen gegen die Hausierer. Und der christlich-sozialistische Abgeordnete Schmidt rief auf eine Bemerkung Mahlers diesem zu: „Das verleben wir nicht, Herr Professor!“ Mahler ließ sich nun hinsetzen, zu erwidern: „Wenn Sie zu dumm sind, das zu verstehen, so kann ich nichts dafür.“ Nun ging es los. Abgeordneter Schmidt und einige seiner Genossen überfielen Mahler mit Schimpfwörtern der größten Art. Wählig sah man, wie der deutsch-nationale Abgeordnete Walf, nachdem Mahler ihm eine im Lärm unverständliche Bemerkung zugerufen hatte, sich auf Mahler stürzte und ihn einen heftigen Faustschlag auf die Brust versetzte. Mehrere sozialistische Abgeordnete sprangen auf Mahler und rissen ihn zurück. Trotzdem suchte Walf wiederholt, gegen Mahler vorzugehen. Er wurde aber von Sozialdemokraten zurückgehalten. Im Laufe der Debatte tosender Lärm, und nur mit Mühe gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Als die Ruhe soweit wieder hergestellt war, daß der Präsident sich verständlich machen konnte, rief Mahler laut zum Abg. Schmidt gewandt: „Sie werden sich nicht mehr an mir vergreifen.“ Diese Bemerkung rief neuerlich im im Hause Sturm her. Die Angelegenheit wird eine Duellforderung im Gefolge haben.

Frankreich.

Die französisch-russische Allianz. Der „Figaro“ veröffentlicht folgende offizielle Petersburger Depesche: Die von einer Anzahl Pariser Blätter, insbesondere dem „Temps“ geführte Sprache, hat hier den peinlichsten Eindruck hervorgerufen. Die Wiederholungen gegen die französisch-russische Allianz gerichteten Insinuationen haben selbst in den optimistischen Kreisen Beunruhigung verursacht und man fragt sich, welchen Zweck die Urheber dieser Artikel verfolgen, die das französische Publikum in Irrtum führen. Die Festigkeit der französisch-russischen Allianz könnte nie in Frage gestellt werden. Sie bleibt, was sie seit 23 Jahren war — der Angelpunkt der europäischen Politik. Die gegenwärtig geführte Zeitungsschelte wird das französisch-russische Bündnis nicht erschüttern, aber sie ist immerhin unheilvoll, da sie moralische Verwirrung und zwischen Frankreich und Rußland gegenseitiges Mißtrauen zu säen trachtet.

Kleine politische Nachrichten. Zur Disposition gestellt wurde vom 1. April d. J. an das Kommando der Schiffschule nach Brest, woher im „Journal“ mit der Veröffentlichung einer Artikelserie über die Ursachen des Niederganges der französischen Kriegsmarine begann, wobei er die früheren Marineminister befragt, die er in der Darstellung für die Zustände in der französischen Marine verantwortlich machte. Der Marineminister erwiderte in dieser schriftlichen Äußerung einem Brief, gegen die Zeitung. — Eine Pariser Mittagszeitung zeigt an, daß eine Embargo auf französische Finanzministerien bevorstehe. Es handle sich um Ordensschäfer und ähnliche. Verhaftungen hätten bevor. — Infolge des Studentenstreiks an den galizischen Universitäten Krakau und Lemberg werden die Beziehungen an der Unioersität Krakau in diesem Wintersemester nicht wieder aufgenommen.

lokales.

Bent, 9. Februar.

Zur Bildung der Stadt Rüstingen.

Der Verwaltungsausschuß hat schnell gearbeitet; er unterbreitet dem Landtag über den Gelehtentwurf betr. die Vereinigung der Stadtgemeinden Heppens und der Landgemeinden Sant und Rumebe zu einer Stadt Rüstingen folgenden Bericht:

„Die Frage der Vereinigung der drei Rüstinger Gemeinden zu einer einheitlichen Stadt hat wiederholt den Landtag beschäftigt. Ueber die Notwendigkeit der Vereinigung selbst bestanden bei der Regierung und dem Landtag keine Meinungsverschiedenheiten. Auseinander gingen die Ansichten nur über die Frage, ob es zweckmäßig sei, erst eine Stadt 2. Klasse oder sofort eine Stadt 1. Klasse zu errichten. Nachdem 1910 der Landtag mit einer knappen Mehrheit die Vorlage der Staatsregierung, die sich mit der vorliegenden in den wesentlichen Punkten völlig deckt, abgelehnt hatte, reichten die Gemeindevorstände von Sant, Heppens und Rumebe im November v. J. erneut eine Eingabe auf Errichtung einer Stadt 2. Klasse, bestehend aus den drei Rüstinger Gemeinden, an den Landtag ein, die dringende unauflösbare Notwendigkeit der Vereinigung betonen und begründen. Dieser nahm mit 22 gegen 20 Stimmen einen Antrag auf Berücksichtigung der Petition an, nachdem die Regierung erklärt hatte, falls ein solcher Antrag von der Mehrheit des Hauses Annahme fände, würde sie dem Landtag noch in der gegenwärtigen Sitzung einen gleichartigen Gelehtentwurf wie im Vorjahre zugehen lassen. Das ist durch den vorliegenden Entwurf geschehen.“

Im Ausschusse wurde mit Rücksicht auf die ausführlichen früheren Verhandlungen von einer eingehenden Debatte über die Vorlage abgesehen. Die Ansichten über die Vorlage war wie früher geteilt. Ein Teil des Ausschusses, die Abgeordneten Grube, May, Schulz, stimmt unter Hinweis auf seine frühere Stellungnahme der Vorlage ohne weiteres zu. Er stellt den Antrag Nr. 1: Annahme der §§ 1 bis 8 des Gelehtentwurfs.

Ein anderer Teil des Ausschusses, die Abgeordneten v. Friden und Hergens, steht immer noch auf dem Standpunkt, daß die Errichtung einer Stadt 1. Klasse richtiger sei. Er stellt den Antrag Nr. 2: Ablehnung der §§ 1 bis 8 des Gelehtentwurfs.

Ein dritter Teil des Ausschusses, die Abgeordneten Dreier, Frie, Brande, Hens, Sommer, Wälder-Kapthorn, steht zwar ebenfalls auf dem Standpunkt, wie die Abgeordneten v. Friden und Hergens, sieht aber unter den gegenwärtigen Umständen von einer Stellungnahme für oder gegen die Vorlage ab und enthält sich der Abstimmung.

Bei der Feststellung des Berichts fehlte der Abgeordnete Wiphorn-Obernburg.

Danach kann man sicher mit der Annahme des Antrages auf Bildung einer Stadt Rüstingen rechnen. Das Gesetz hat bekanntlich folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Stadtgemeinden Heppens und die Landgemeinden Sant und Rumebe werden auf Grund der in der Anlage enthaltenen Bestimmungen zu einer Stadt 2. Klasse unter dem Namen „Stadtgemeinde Rüstingen“ vereinigt. — Die Rechte und Verbindlichkeiten der Gemeinden Sant, Heppens und Rumebe gehen auf die Stadtgemeinde Rüstingen über.

§ 2. Im Amtsverbände Rüstingen werden die Geschäfte des Amtes und Amtsvorstandes von den Gemeindevorständen nach den für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten geltenden Vorschriften wahrgenommen.

§ 3. Das Verwaltungsrecht für den Amtsbereich Rüstingen besteht aus dem Amtshauptmann als Vorsitzenden und den unbesoldeten Mitgliedern des Stadtmagistrats der Stadtgemeinde Rüstingen als Beisitzern.

§ 4. Das Gesetz vom 12. März 1879, betreffend die Bildung einer Gemeinde Sant, wird aufgehoben.

§ 5. Die Verordnungen vom 6. Oktober 1903 und 17. Juli 1906, betreffend Sanpaul-Verordnung für die Gemeinde Sant, sowie die verchiedenen Statuten der drei Gemeinden bleiben bis zur Einführung einheitlicher Vorschriften für die Stadtgemeinde Rüstingen in ihren bisherigen Geltungsgebieten in Kraft.

§ 6. Das Gesetz vom 17. April 1906, betreffend die Wahl der Abgeordneten zum Landtag, erhält in § 5 unter 8 und folgende Fassung:

8. Stadtgemeinde Rüstingen schloß von der Hauptstraße (Schauke von Rostin) und östlich von der Genselhofstraße, der Ctenburgs Straße, dem Banterweg und der von ihrem Endpunkte am Ende-Jade-Ranal gezogenen kürzesten Linie zum Banter Deich,

Stadtkommune Rellingen nördlich und westlich von der unter 8 bezeichneten Grenze.
 7. Die Anlage dieses Befehrs kann durch Statut der Stadtkommune Rellingen abgeändert werden.
 8. Die erforderlichen Anordnungen zur Ausführung dieses Befehrs, insbesondere auch die Festlegung des Zeitpunktes des Inkrafttretens desselben, erfolgen im Verwaltungsbereich.

Auch eine Aktion gegen die Wohnungsnot.

Mit großem Tamtam war zu gestern das „Volk“ nach dem Parkhaus gerufen. Die Versammlung galt der Wohnungsnot. Verdrückt war, daß die Mietsendemonstration von Wilhelmshaven und besonders von den Unternehmern und Hausbesitzern ausging. Bisher war man dort nur größte Gleichgültigkeit gegenüber der öffentlichen Meinung und rücksichtslose Abschließung gewöhnt. Nachdem nun die so reflektierte zukunfts kommende Veranlassung hörbar wird — wir berichten hierüber in der Beilage ausführlich —, muß man hinter die ein großes Fragezeichen setzen. Wir hören nun, daß die Abrechnung der Veranlassung selbst schon gemacht werden wollte; Mittel gegen die Wohnungsnot wollten sie nicht anzuwenden und mit Geldmitteln — die Hauptfrage — konnten sie auch nicht aufwarten. Die Veranlassung hatte daher trotz der Abrechnung und trotz der platonischen Liebesbetreibungen gegenüber den Genossenschaften nur den Zweck, in der Förderung der Kleinwohnungsbauteil zu „brennen“ — der Referent hatte dafür den schönen Ausdruck „warren“. Es ist ein und dasselbe. Wir meinen, die herrschenden Schwierigkeiten tragen schon dazu bei, daß nicht zuviel gebaut wird. Neben diesem Brennen wird aber auch noch der Wunsch die Ursache der Wohnungsnot gemindert zu sein, zu hören, was nun eigentlich auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaus geschieht ist und noch im Schoße der Zukunft liegt. Geradezu schrecklich hat der Vorsitzende Herr Pollet die anwesenden Vertreter der Behörden, aus ihrem Herzen keine Widerrede zu machen und zu sagen, was sie vorhaben. Doch alle schwiegen. Und so verließ die Versammlung völlig resultatlos. Das war ein trauriges Ende der großen Aktion. Der lebhafteste Appell vom Vorstande an die Versammelten, Rellingen-Wilhelmshaven möge Solidarität üben und man möge den ganzen Bezirk als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet betrachten, hätte schon längst an die Städte, Städte und Stadtkommunen gerichtet werden können. Hier sind bisher die ärgsten Sonderinteressen vertreten worden. Wir erinnern nur an die Straßenbahn und an die Talside, daß bis vor kurzer Zeit grundbesitzende Rellingen-Unternehmer von den Wilhelmshavener Häufelchen Arbeitern und Lieferungen ausgeschlossen wurden. Rellingen ist von jeher von Wilhelmshaven geradezu niederträchtig behandelt worden. Es würde sehr zu begrüßen sein, wenn hier eine Wendung eintritt.

Doch Herr Pollet als Vorsitzender der Versammlung, nachdem er noch mit warmen Worten gefordert hatte, die Redner möchten sich weder als Mieter noch als Vermieter, weder als Brante noch als Geschäftsteile, sondern nur als Träger eines großen Gemeinwohls fühlen, die Gleichmütigkeit, die die Sozialdemokratie anzupreisen, nehmen wir Herrn Pollet weiter nicht abel. Er hat allen Anstoß, mit der Sozialdemokratie unzufrieden zu sein. Würde sie können, wie sie wollte, dann würden nicht Zustände bestehen, die alle Vernunft auf den Kopf stellen, dann würden nicht mitten in den Gemeinwesen ungeheure Bauländereien unbebaut liegen bleiben, während Hunderte von Wohnungen benötigt werden. Ist es nicht geradezu Wahnsinn in unserer herrlichen Gesellschaftsordnung, daß trotz ungeheurer Baugelände, trotz der Arbeitslosigkeit und von allem Material doch nicht die Wohnungsnot behoben werden kann? Herr Pollet, Sie haben Ihre Sache verfaßt schlecht gemacht.

Die Versammlung wird keinerlei Eindruck hinterlassen, höchstens den, daß der Arbeitgeberverband und sein Anhang gegen die wirtschaftlichen Mängel völlig ohnmächtig sind. Das hätten die Herren auch ohne den großen Tamtam der Öffentlichkeit durch die Zeitungen mitteilen können.

In der gestrigen öffentlichen Armenkommissionsitzung wurde die Rechnung des Armenwesens im Geschäftsjahre 1909/10 dargelegt. Die Einnahmen betrugen 82.747,08 RM gegen 77.966,20 RM des Vorjahres; die Ausgaben 80.232,99 RM gegen 71.174,68 RM des Vorjahres. — Weiter sprach sich die Armenkommission für die Einführung der Berufsvermittlung für die unehelichen und für die unter Gemeindefürsorge befindlichen Kinder aus, soweit Angehörige dieser Minder die Vormundschaft nicht übernehmen wollen.

Das Elektrizitätswert der Gemeinde Wam und der Stadt Seppens hat auch im verlaufenen Monat wieder eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. Uns wird hierüber berichtet: Im Monat Januar wurden ausgeteilt: 107 Konsumanten mit 1227 Glühlampen, 14 Elektromotoren mit 54 1/2 Pferdestärken, 10 sonstige elektrische Apparate, neun Straßenlampen à 50 Raten mit einem Gesamtantriebswert von 96,02 Kilowatt. 70.340 Kilowattstunden wurden von Wümmoor abgenommen. Insgesamt sind jetzt im Bezirk Rellingen angeschlossen: 1623 Konsumanten mit 15.009 Glühlampen, 90 Elektromotoren mit 333 1/2 Pferdestärken, 79 sonstige elektrische Apparate, 687 Straßenlampen à 50 Raten mit einem Gesamtantriebswert von 957,45 Kilowatt.

Geistspiele des Wilhelm-Theater-Ensembles. Morgen (Freitag) Abend findet hier im „Odeon“ zum ersten Male die Aufführung des Sensationsstücks „Das Mädchen ohne Ohr“ statt. Das Stück wurde in Hannover 152 mal, in Köln 280 mal und in Berlin über 500 mal aufgeführt. Einem Berliner Blatt entnehmen wir über das Stück folgende Zeilen: „Das mit vielen Geld und hübsch verzierte gute Dekorationen inbegriffene Stück reizt eine Sensation an die andere; das zahlreiche Publikum kam bis zur letzten Szene nicht aus der Spannung, und der große Beifall, der jedem Akt des Vorhangs folgte, wird bei der nun in Aussicht stehenden langen Reihe von Wiederholungen dem Stück wohl auch treu bleiben. Dem Stück ist also der in

Tausenden von Aufführungen im Englischen tren geliebte Weisheit nach Deutschland gefolgt.“ — Billets zu ermäßigten Schauspielpreisen (Saal 40, Gallerie 25 Pfg.) sind in der Exp. d. Bl. zu haben.

Wilhelmshaven, 9. Februar.

Wilhelm-Theater. Das gestern in Szene geketzte Drama „Tobora“ von Victorien Sardou mit Fräulein Sandow als Heldin zeigte wiederum, wie die Theaterdirektion bemüht ist und seine Kosten nicht, etwas Gutes zu bieten. Leider erkennt das heilige Publikum das nicht genügend an, da der Besuch wiederum nur ein schwacher war. Die Darsteller der Hauptrollen, sowie die übrigen Mitwirkenden erledigten sich ihrer Aufgabe sehr gut. Auch die Spielleitung lag wiederum in guten Händen.

Wir verweisen nochmals auf das heute in der „Burg Hohenzollern“ stattfindende Gastspiel „Tommernachtstraum“. Aus dem Theaterbureau wird uns noch berichtet: Infolge des Andrangs und wegen Platzmangels bei der letzten Kinderdarstellung „Enneviden und die sieben Zwerge“ findet eine nachträgliche Aufführung des beliebten Kindermärgens statt, und zwar wieder für Groß und Klein zu halben Schauspielpreisen am Sonntag, 12. Februar. Billets sind schon von heute ab an der Theaterkasse zu haben. Abends 8 Uhr findet die 15. und voraussichtlich letzte Vorstellung der Jugoperette „Der Graf von Luxemburg“ statt.

Seppens, 9. Februar.

Zur Wohnungsnot. Beim Magistrat hatten sich bis gestern bereits über 100 Interessenten für eine Baugenossenschaft einschreiben lassen. Diese wird somit zustande kommen. Wie wir hören, sollen jetzt Projekte ausgearbeitet werden, nach welchen es möglich ist, dreistöckige Wohnungen für 18–20 und vierstöckige für 25–28 RM abzugeben. Sodann soll das weitere beprochen werden.

Renndorf, 9. Februar.

Der Neue Bürgerverein Renndorf hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung im Renndorf Hof ab. Nach Erledigung von Vereinsangelegenheiten hielt das Mitglied Herr Lange einen Vortrag über den Ausbau des Volksschulwesens. Er führte aus, daß mit aller Energie die Einheitschule gefördert werden müsse. Ferner müsse für Vervollständigung des Schulplanes, sowie für Trennung der Schule von der Kirche, für den Bau von getrennten Schulhäusern, Einrichtung von Turnhallen, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen, für bessere Ausbildung der Volksschullehrer und für Anstellung von Schulärzten gesorgt werden. Meineswegs sollte man für besserstellte höhere Schulen einrichten, um dadurch unsere Volksschulen zu Arme-Leute-Schulen zu machen, vielmehr müßte man die Volksschule so ausbauen, daß es jedem befähigten Kinde möglich ist, das höhere Schulstudium zu erreichen, ohne daß der Geldbeutel der Eltern dafür ausschlaggebend sei. — In der Diskussion wurde gewünscht, der Referent hätte auch Fingerzeige gegeben, wie man seine Wünsche verwirklichen könne. — Diskutiert wurde auch das Mannheimer System. — Nach Beantwortung verschiedener Anfragen wurde die Versammlung geschlossen. — Die nächste Versammlung findet in Renndorf statt. Es wird wiederum ein Vortrag über Ausbau der Volksschule gehalten, worauf die Mitglieder schon jetzt Aufmerksamkeit gemacht werden.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 9. Februar.

Brottträgerinnen sind jetzt in Oldenburg versicherungspflichtig. Brottträgerinnen, die gegen Procente für Wäldermeister tätig sind, sind bisher in der Regel als selbständige Gewerbetreibende und daher als nicht in Oldenburg versicherungspflichtig angesehen worden. Nach dem Oldenburgischen Sonderblatt des „Verl.-Boten“ hat nun das Reichs-Versicherungsamt, abweichend von früheren Urteilen, dahin entschieden, daß diese Brottträgerinnen in der Regel als Gehilfen des Wälders anzusehen sind und darum der Versicherungspflicht unterliegen. Die Kontrollbeamten sind daher beauftragt, namentlich diese Personen zur Versicherung heranzuziehen, soweit sie nicht infolge besonderer von den Ältesten Vertragsbestimmungen abweichenden Vereinbarungen als selbständige Gewerbetreibende zu gelten haben, insbesondere, weil auf sie das gesamte gesetzliche Risiko fällt. Es ist zulässig, für derartige Brottträgerinnen jetzt für vier Jahre die Marken nachzulassen. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch macht, hat für den Fall des Eintritts der Invalidität sofort Anspruch auf Invalidenrente. Eine gesetzliche Verpflichtung zur nachträglichen Beitragsleistung besteht nur für zwei Jahre. Die Kontrollbeamten sind angewiesen, mit der Durchführung der geänderten Praxis so vorzugehen, daß unerwünschte Härten vermieden werden. Diejenigen Umstände, die bei der Entscheidung der zweifelhaften liegenden Frage für die Annahme der Versicherungspflicht auf dem Gebiete der Invalidenversicherung sprechen, sprechen auch für die Annahme der Versicherungspflicht auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Allerdings steht die Entscheidung darüber den Gerichten zu, die an die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes nicht gebunden sind, wenn auch deren Begründung für sie von Bedeutung sein wird.

Emden, 9. Februar.

Die nächste Kartellung findet am Freitag den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Bellevue statt. In dieser Woche fällt die Sitzung aus.

Abendunterhaltung. Der von der Gesellschaft Strzegewitz zu veranstaltende Unterhaltungsabend findet am 14. März im großen Saale des Tivoli statt. Näheres wird später im Angezeigenteil bekannt gegeben.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. In Ost genossen wurde in Oldenburg ein Zeigener, der während einer kürzlich abgehaltenen Gensamung in Wümmoor einen Diebstahl ausgeführt hatte. Der Soldat war schon mehrfach vorbestraft. — Tot aufgefunden wurde in ihrem Bett in **Donnerstücken** eine allein wohnende ältere Witwe, die in letzter Zeit krankte.

Aus aller Welt.

Zum Nord an dem Rittmeister v. Aroff. Der unter dem Verdacht der Missetat an der Ermordung des Rittmeisters v. Aroff im Gensamungsfängnis in Hannover untergebrachte Arbeiter Fischer wird in den nächsten Tagen nach Gumbinnen übergeführt werden. Wie es heißt, soll die Untersuchung den Verdacht gegen ihn sehr verstärkt haben.

Ein fahrlässiger Wirt. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte einen Wirt, der einem Arbeiter zu viel Schnaps verabreicht hatte, so daß der Mann am nächsten Tage starb, zu einem Monat, und seinen Kellner zu einer Woche Gefängnis.

Ein Missetat. In Rostock rief die Tatfache einen großen Skandal hervor, daß ein dortiger Fabrikantensohn die eigene Frau in ein Freudenhaus nach Buenos Aires verkauft hat. Die Frau war früher Erzieherin im Hause eines Rostocker Ingenieurs, den sie namentlich von der Handlungsweise ihres Mannes verurteilt.

Der Mord des Kindes durch die Mutter. Aus Chemnitz wird geschrieben: Vor einigen Wochen starb in einer Vorstadt von Chemnitz die 13jährige Schülerin Vogt. Es verbreitete sich das Gerücht, daß das Kind seines natürlichen Todes gestorben sei. Die Staatsanwaltschaft ließ die Leiche ausgraben und bei der Sektion ergab sich, daß das Kind an einer Vergiftung gestorben ist. In dem Körper wurde eine große Menge von Bitterkleezahn vorgefunden. Die Mutter des Kindes, eine 30jährige Kaufmannswitwe, wurde verhaftet. Sie hatte ihre Tochter kurz vorher mit 20 000 RM. in eine Lebensversicherung eingekauft.

Sibirische Kälte in Österreich. Aus Wien wird geschrieben: Ein seit Dienstag nachmittag während der Schneestürme verursachte vielfach Verkehrsstörungen. Sibirische Kälte wird von den Höhen-Stationen sowie aus den östlichen Teilen der Monarchie gemeldet. In Galizien und der Bukowina sind Menschen erfroren, viele Personen haben Erkältungen von einzelnen Gliedmaßen, Nase, Ohren, Hände und Füße, erlitten.

Schneestürme. In Sachsen land, namentlich im Erzgebirge, starke Schneemassen niedergegangen, die den Verkehr auf verschiedenen Nebenbahnen gestört haben. — In ganz Westpreußen herrschen heftige Schneestürme. Der Schnee liegt stellenweise 1 Meter hoch und zeitigt große Verkehrsstörungen. — Bei Pödel in Pommern-Polen blieb ein Güterzug 24 Stunden im Schneemassum liegen. Fünf Zugange stellte sich dabei ein. — Die sibirische Stadt Weloski infolge eines seit 25 Tagen andauernden Schneefalles von der Außenwelt abgeschnitten. Man befürchtet den Ausbruch einer Hungersnot.

Kleine Tageschronik. Aus Gießen wird berichtet: In der Stadt verurteilte ein 18jähriges Mädchen und verurteilte dann Selbstmord, verwundete sich jedoch nur schwer. — Das Schwarzwald in Neureppin verurteilte den Fährmann Franz aus Tetters wegen Ermordung des kleinsten Ehepartners in Schänke und Notzucht an einer Tochter zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus. — In Langen (Schlesien) wurde die hiesige Eisenbahn und deren Schienen erkrankt und deren Wohnung ausgebaut. — Eine 70jährige Frau starb in ihrer Wohnung drei Treppentritten hinauf, wobei sie eine Gehirnerschütterung erlitt, die in kurzer Zeit den Tod der alten Frau herbeiführte. — Von Katten angeschlossen wurde die Leiche eines kleinen Kindes des hiesigen Gymnasiums in Halberstadt, die wegen Platzmangels bis zur Beerdigung im Wäldchen aufgestellt worden war. Die Mager haben der Leiche die Finger abgetrennt. — Der Ranglerer Denny Marx aus Ostfeld sprach auf der Gutschulungsstätte bei Oberhausen von einem auf der Fahrt befindlichen Ranglerer, kam zu Fall und wurde überfahren. Der Tod trat sofort ein. — Auf die Gründung des Wanders des Handlungsbüros in Hannover ist von der Staatsanwaltschaft Hannover 1000 Mark ausgesetzt. — Infolge der Auflösung der eisenbahnischen Leitung ist der hiesige Hofbahn in Petersburg mit der gesamten Einrichtung ein Haus der Kassen geworden. — Am Mittwoch früh entstand in einem Stallgebäude in Gütlich (Brandenburg) ein Brand, der sehr viel Vieh und neuen Hühner einäscherte.

Neueste Nachrichten.

Antwerpen, 9. Febr. Unter den hiesigen Diamant-schleifern ist ein Ausstand ausgebrochen, welcher einige hundert Arbeiter umfaßt.

Paris, 9. Febr. Die Islandfische von Gravelines sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die Nieder den vor der Abfahrt geforderten Vorbehalt von 500 Francs verweigert haben. Ähnlich steht es in Dänemark.

Köln (Provinz Rhen), 9. Febr. Um in den alleinigen Besitz der östlichen Erbschaft von einigen Tausend Kronen zu kommen, führte der Sohn eines verstorbenen Bauern seinen 20jährigen erblindeten Bruder in den Wald und ermordete ihn. Als er verhaftet wurde, gelang es die Tat.

Madrid, 9. Febr. Der Generalkapitän von Melilla erklärt die Nachricht, daß in der Umgebung vier Europäer überfallen und ermordet wurden, für unzutreffend.

Alten, 9. Febr. Der Ministerpräsident legte die Gegengewichte zur Revision der Verfassung und der Geschäftsordnung vor.

Sébastopol, 9. Febr. Eine Fischerbark wurde im Sturm auf das Meer getrieben und sank. Acht Mann der Besatzung ertranken.

Washington, 9. Februar. Das Repräsentantenhaus nahm eine Vorlage an, in der für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die erste deutsche Ansiedlung Germantown 30 000 Dollar bewilligt werden.

Der Präsident von Honduras, Davillo, schloß mit dem früheren Präsidenten Bonilla einen Waffenstillstand ab.

Wienwörter. Wiedert. H. Jacob in Wien. Verlag von Paul Dug in Wien. Wiedert. Wiedert. Wiedert. Wiedert. Wiedert.

Hierzu zwei Beilagen.

Theater in Bant :: Odeon.

Freitag den 10., Sonnabend den 11. und Montag den 13. Febr.
abends 8 Uhr:

Sensationelles Ausstattungsstück!!

Das Mädchen ohne Ehre

Ueber 100 Aufführungen in Hannover.

Colosseum :: Bant.

Freitag abend den 10. Februar:

Grosser öffentl. Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein

H. Sussbauer.

Bürgerverein Neuende.

Sonnabend den 11. Febr.,

abends 8 Uhr:

Versammlung

im Neuender Hof.

Der Vorstand.

20 Mk. Belohnung

erhält derjenige, welcher vor Gericht bezeugen kann, gesehen zu haben, daß mein Schäferhund am Dienstag abend gegen 10 Uhr Ecke Bismarck- und Gölterstraße geflohen oder gehalten wurde.

W. Görs, Zum alten Feig.



Empfehle frisch vom Fang:

Prachtvollen Angel: Schellfisch, Rotzungen, Schollen, Steinbutt, Seelachs, Klabian, Waidbarsch, Röhrlarbone, Rüsche, ff. Räucherwaren, Gatte Kieker Rindlinge und Sparten.

Marinaden en gros u. en detail,

Risipasteten 12 Stück 1 Mk.

Joh. Stehnke

Dänische Fischgroßhandlung
Bant, Wilhelmshaven, Str. 29.
Telephon 732.

Bestellungen frei ins Haus
erhoben reichhaltig.

Kohlengrus

per Zentner . . . 90.

Würfelbrickets

per Zentner . . . 1.00

Torf :: ::

per Zentner . . . 1.00

ab Lager bei

C. Schmidt :: Bant,

Oldenburger Straße 1.

Maatenkoffine in großer Auswahl billig zu verkaufen.
Bant, Bismarckstr. 19, Hinterb.

Häbische Damen-Maatenkoffine billig zu verkaufen.
Friedrichstraße 7 u. 29, 2 Tr.

Transportable

Akkumulatoren - Batterien

werden sauber u. billig geladen.
Reparatur z. Selbstkostenpreis.

Sadewassers Elektrizitätswerk
Heppens, Gölterstraße.

Zum Marinieren

vorzüglich geeignet empfehle

neue Riesenheringe

(jeweils über 1/2 Pfund schwer) das

Stück nur 7 Pf., 100 Stück 650 Mk.

Johannes Arndt, Bant

Bismarckstr. 14, Telephon 483.



Empfehle:

Große und kleine Schollen,

Runderhahn, Seelachs, Klabian,

Risipasteten, Steinbutt,

Zander, leb. Karpfen,

Lebende Schollen,

Suppentee, Makrelen,

Große u. kleine grüne Heringe,

Neue Gamber Salzheringe.

J. Heins, Fischhandl.,

Bismarckstraße, Marktstraße,

Wilhelmshaven, Str. 455.

Achtung!

Jeden Freitag früh 10 Uhr:

Schlesische Blut-

und Leberwurst.

Hermann Aust

Fabrik Schlesiener Fleisch u. Würst-

waren mit elektrischem Betrieb

Bant, Peterstraße 6 Bant.

Abends frische

warme Knoblauchwurst.

Nordenham.

Freitag

und Sonnabend:

Großes

Bockbierfest

Hierzu ladet freundl. ein

Aug. Hupe.

Schw. u. farb. Kleiderstoffe

von 75 Pf. an.

Konfirm.-Anzüge

Nähmaschinen

fertige Betten

in jeder Preislage empfiehlt

Hugo Hespert

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Neuende.

Achtung!



Achtung!

Arbeiter-Turnverein Germania.

Freitag den 24. Februar 1911

findet unsere diesjährige große

Turner-Maskerade

in den feinsten erleuchteten Räumen
von Sadewassers Tivoli in Heppens statt.

Großartige Aufführungen!!

Unter and.: Eine turnende Familie oder

Großmutter macht's besser.

Alten-Reigen auf Stelzen mit Pyramiden.

Doppelt besetztes Orchester!

Kasseneröffnung 7.00 Uhr. — Anfang 7.59 Uhr.

— Terasseöffnung 12 Uhr. —

Entree: Herrenkarte 1 Mk., Damenkarte 75 Pf., Zuschauer 50 Pf., letztere können ohne Nachzahlung am Ball teilnehmen. — Karten sind zu haben in Sadewassers Tivoli, bei Schön, Jaden, Delen, Stadt Heppens, Enkhauer, Colosseum, Jorrel, Bardier, Halweland, Grenzstraße, Hermann, Bardier, Hirtke, Siebelsburg, Friedeburgstraße 8, sowie bei sämtlichen Mitgliedern.

Um zahlreichen Besuch bittet Das Festkomitee.

Waschen-Garderoben im Saale erhältlich.

Neuende.



M.-T.-V.

„Frisch auf“

Freitag den 17. Febr. 1911:

Grosse Preis-Maskerade



in den festlich dekorierten Räumen

des „Elysium“ (Joh. Folkers).

5 Damenpreise. 5 Herrenpreise.

Doppeltes Orchester.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei den

Herren Gastwirten Mammen, Harms,

Hillmers, Folkers, Eukens, sowie bei

allen Mitgliedern.

An der Abendkasse erhöhte Eintrittspreise.

Wilhelmtheater.

Sonntag den 12. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr

auf vielseitigen Wunsch zum 2. Male:

Vorstellung für Gross und Klein

zu halben Preisen:

Sneewittchen und die 7 Zwerge.

... Abends 8 Uhr: ...

Zum unwiderruflich letzten Male

Der Graf von Luxemburg.

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Bezirk 23.

Sonnabend den 11. Februar er.

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung bei Schäfer

Ecke Bismarck- u. Bremer Straße.

Arbeiter-Jugendbund.

Freitag abend 8 1/2 Uhr:

Vorstands-Sitzung.

Achtung!

Bürgerverein Neubremen.

Sonnabend den 11. Febr.,

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Vereinslokal

beim Wirt W. Halweland.

Die Tagesordnung wird in der

Versammlung bekannt gegeben.

Wegen der sehr wichtigen Tages-

ist vollständiges Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Eala freya Fresena.

Morgen Sonnabend

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Vereinslokal Colosseum.

Der Vorstand.

Walhalla.

Bismarckstraße 5.

Täglich abends 8 Uhr:

Gesangs-, Variété- u. Possen-

Ensemble der Schwarzburger

Sänger

Direction: H. Steiner.

Eintritt frei. Programm 10 Pf.

Todes-Anzeige.

Gestern mittag 2 1/2 Uhr ent-

schlaf nach kurzer heftiger Krank-

heit meine liebe Frau, unsere

gute Mutter und Großmutter

Alida Brunke

geb. Janßen

im 68. Lebensjahre. Dieses

erigen tiefbetrübt an

Wilhelmshaven, 8 Febr. 1911

Die trauernden Hinterbliebenen

Joseph Brunke.

Carl Brunke.

August Brunke

u. St. Honolulu.

Hermann Röhre u. Frau

geb. Brunke, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend nachm. 2 1/2 Uhr

am Trauerhause, Kleine Str.

Nr. 10, aus statt.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag den 7. d. M.

verstarb nach längerer Krank-

heit unsere liebe Tochter

Gesine

im blühenden Alter von 15 1/2

Jahren. Dieses bezeugen tief-

betrübt zur Angehörigen

Bant, 7. Februar 1911.

H. Koenen und Frau

nebst Angehörigen.

Der Appell des Regierungskommissars an unser Vertrauen wird ungehört an uns vorübergehen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Wir haben Vertrauen und haben es um so mehr als wir wissen, daß eine organisierte Bewegung vorhanden ist, die

Die Wohnungsnot in Wilhelmshaven-Rüstringen.

Wilhelmshaven, 9. Februar 1911.

Vom Arbeitgeberverband war die Bürgerchaft von Wilhelmshaven-Rüstringen zu gestern Abend nach dem Parkhaus gerufen, um die augenblickliche Wohnungsnot zu besprechen. Es hatten sich etwa 600 Personen eingefunden, die gespannt waren auf das, was da kommen sollte. Um es gleich von vornherein zu sagen: Die Versammlung konnte keinen klärenden Ausweg nehmen; es war wie beim Hornberger Schießen!

Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Herr Pollet, eröffnete die Versammlung, stellte mit, daß eine Vorrede zwischen den Vertretern einer großen Anzahl sich für die Sache interessierender Vereine Wilhelmshavens und Rüstringens stattgefunden habe und daß diese Vertreter das Referat, das der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Herr Javoroff, halten wird, sanktioniert haben. Auch der Abg. Semler sei zu der heutigen öffentlichen Versammlung eingeladen worden, doch sei er durch die Reichstagsverhandlungen am Eschkeien verhindert.

Geschäftsführer Javoroff: Wir alle wissen, daß in Wilhelmshaven-Rüstringen eine Wohnungsnot besteht; aber über die Mittel und Wege zu ihrer Beseitigung gehen die Wege auseinander. Diese Versammlung soll nun herüber Klarheit schaffen. Das kann aber nur geschehen, wenn man ganz objektiv an die Frage herantritt und das ganze Gebiet von Rüstringen-Wilhelmshaven als ein wirtschaftlich Ganzes betrachtet, an dem wir alle gleichmäßig interessiert sind.

Wie ist nun die Wohnungsnot entstanden? Im vorletzten Jahre wurde das erste Geschwader nach hier verlegt. Es wurde vorher von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, den Leuten der Verlegung zu erfahren; doch erfolglos. Es trat ein, was kommen mußte: eine Wohnungsnot, wie sie hier noch nie gekannt war, und die Mietpreise stiegen.

Der Mietpreis ist abhängig von Angebot und Nachfrage. Ich muß aber erklären, daß tatsächlich in einzelnen Fällen Mietssteigerungen vorgenommen wurden, die man im Interesse der christlichen Hauseigentümer nur bedauern kann. Auf der anderen Seite liegt fest, daß die Mietssteigerungen von den Mietern vielfach nicht richtig beurteilt werden. Wenn eine Wohnung, die vor acht oder neun Jahren etwa 32 Mk. kostete und die in der Zeit der Kriege im Preise auf 27 Mk. zurückging, nun wieder auf vielleicht 33 Mk. hinaufgeht, so kann man das nur eine normale Steigerung nennen.

Von verschiedenen Seiten ist nun der Versuch gemacht, durch eine Wohnungsquote ein Bild von der derzeitigen Wohnungsnot zu erhalten. Den ersten Versuch machte die Kaiserl. Werst. Ueber das Resultat ist jedoch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Untersuchung dürfte kaum einwandfreies Material abgeben, da die Umfrage nur einseitig bei den Mietern erfolgte. Besser ist die Stadt Huppens vorgegangen, die recht vollständige Fragebogen an die Hauseigentümer gab und das Material dann durch Rückfrage bei den Mietern auf ihre Richtigkeit prüfen ließ. Eine Zusammenstellung ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Wie ist nun der Wohnungsmangel zu beseitigen? Es gibt zwei Wege. Zunächst den Weg der privaten Bautätigkeit. Dieser macht sich hierbei jetzt schon wieder die Spekulation bemerkbar, was ein Inzest im „Berliner Tageblatt“ beweist, das lediglich den Zweck hat, den persönlichen Profit zu fördern. Wenn es wirklich so ist, wie in dem Inzest angegeben wird, daß hier durch den Erwerb von Terrain und von Häusern viel Geld zu verdienen ist, wie kommt es dann aber, daß hiesige Unternehmer das Geschäft nicht machen und ihre Plätze nicht bebauen? Die Ursache ist, daß es den Unternehmern heute unmöglich ist, Wohnungen zu bauen, die fehlen, nämlich drei- und vierkammige, während der Bedarf an fünf- und mehrkammigen Wohnungen reichlich gedeckt ist. Der Unternehmer kann heute keine Häuser mehr mit drei und vierkammigen Wohnungen herstellen, die sich rentieren. (Wieder weist dies an Rechenexemplen nach.) Hier liegt die eigentliche Ursache der Wohnungsnot.

Hierher gehört aber auch ein anderes Kapitel, nämlich das Kapitel über die sinnlosen Grundstücksverkäufe. Geht das ein Grundbesitzer von hier nach Bremen und verkauft an einen dortigen Unternehmer keinen hiesigen Bauplatz. Der Käufer hat aber kaum 2000 Mk. an Baarmitteln. Sicher ist nun, daß wenn dieser Unternehmer im ersten Stockwerk baut, bereits die erste Pleite eintritt und die Handwerker würden die Geschädigten sein, wenn wir auch hier nicht die so segensreich wirkende Kommission zur Sicherung der Bauordnungen hätten. Auch eine gewisse Kreditlenkigkeit fällt unter dieses Kapitel.

Der Bau von drei- und vierkammigen Wohnungen kann nur in die Hand genommen werden von Baugenossenschaften und Behörden. Andererseits darf aber nur sozial gebaut werden, daß der Bedarf an solchen Wohnungen gedeckt ist. Es steht fest, daß in diesem Jahre etwa 500 fünf- und mehrkammige Wohnungen hergestellt werden. Damit ist der Bedarf für diese Art Wohnungen reichlich gedeckt.

Was ist nun aber geschehen zur Schaffung von kleinen Wohnungen? Der Wille zu helfen ist überall vorhanden, doch es fehlt bisher an einem einheitlichen und organisierten Zusammenarbeiten. Auf die Frage: Was hat Wilhelmshaven bisher in dieser Sache getan? wurde mir die wenig tröstliche Auskunft: „Ueber allen Dingen ist Ruh!“ Run

licht die Stadt zwar mit einem Bremer Unternehmer in Unterhandlung, um ihre Plätze an der Bismarktstraße zu verkaufen. Ob dadurch aber der Wohnungsnot geteuer wird, steht auf einem anderen Blatt. Die Stadt Huppens hingegen hat uns in diesen Tagen überrollt mit der Gründung einer Baugenossenschaft. Bant arbeitet nach dem Rezept: Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Diese Gemeinde gewährt den Privatunternehmern die Garantie für 75 Proz. der Bausumme und dem Bauverein Selbsthilfe außerdem noch die Garantie für weitere 20 Proz. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Arbeiter gesund und billig wohnen und denken gar nicht daran, beim Bauen von Arbeiterwohnungen zu „brennen“, wie das Volksblatt schreibt; wir verstehen auch nicht den Segen der Genossenschaften. Aber es fragt sich doch, ob der Weg, den Bant gewählt hat, der richtige ist für alle Zukunft. Ich selbst bin Bodenreformer; aber bedenklich erscheint es mir doch für eine Gemeinde, hinter der ersten Hypothek von 75 Proz. noch für 20 Proz. der Bausumme zu garantieren. Der Weg ist an sich nicht falsch und man könnte nichts dagegen einwenden, wenn man nicht auch Risiken befürchten müßte. Das Vorgehen der Gemeinde Bant bringt daher andererseits die Verpflichtung mit sich, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden, als gebraucht werden, damit wir nicht wieder zu Zuständen kommen, wie wir sie vor einigen Jahren gehabt haben. — Was Reuende in der Frage der Wohnungsnot zu uns gedankt, wissen wir nicht. Auch von der Werst ist uns kein bekannt, daß das Material über die Umfrage nach Berlin gelangt ist. Und auf der Norddeutschen war vor fünf bis sechs Wochen von einer Wohnungsnot noch nichts bekannt. Jetzt werden bei den einzelnen Truppenteilen ebenfalls Umfragen über die Wohnungsverhältnisse und über die Mietssteigerungen erfolgen. Es ist zu erwarten, daß auch hier eine Initiative ergriffen wird.

Schätzungsweise sind durch die Geschwaderverlegung 700 neue Haushaltungen nach hier gekommen. Nehmen wir an, daß indirekt auch noch 700 Haushaltungen und 300 durch die normale Einwohnervermehrung hinzugekommen sind, ferner etwa 180 für die noch in Kiel befindlichen Haushaltungen der Geschwaderbesatzungen benötigt werden, so ist das ein Bedarf von 1200 Wohnungen. Davon sind aber 700 Haushaltungen bereits untergebracht. Wenn nun aber von Bant, von Huppens und von den Behörden gebaut wird, so liegt es im Interesse der Allgemeinheit, zu fragen, ob hierbei nicht zuviel getan wird.

Die Behörden und Gemeinden müßten daher zunächst einmal feststellen, wieviel Wohnungen noch gebraucht werden, damit nur der Bedarf an Wohnungen gedeckt und der nötige Ueberfluß von 4 Proz. geschaffen wird. Es darf jedoch nicht ziel- und planlos gearbeitet werden, da hierdurch auch das Bauen selbst verteuert wird. Die Ziegeln haben bereits die Steine verteuert und letztere werden auch knapp werden. Das Rohmaterial müßte per Bahn von weiterher nach hier transportiert werden, was das Bauen wiederum verteuert.

Ich resümiere: Es müssen Wohnungen gebaut werden, und zwar drei- und vierkammige; aber nicht von Privatpersonen, weil es unmöglich ist, solche Wohnungen zu bauen bei einer annähernd normalen Vergütung. Auf der anderen Seite darf nicht zu viel gebaut werden. Die beteiligten Korporationen müssen daher gemeinsam vorgehen, damit eine Ueberproduktion vorgebeugt wird und damit nicht wieder die Folgen eintreten, wie wir sie in den letzten Jahren zur Genüge kennen gelernt haben.

Der Vorsitzende Pollet verbreitete sich hierauf in unendlich langen Tiraden über die Gemeinshaft und Solidarität, die im ganzen Gebiet gehbt werden müßte, und schlug dann mächtig die Nettomittel für den Arbeitgeberverband, der ein Sturmloch gegen die Sozialdemokratie und die hohen Löhne sei und der andererseits den Zweck habe, wirtschaftlich gesunde Verhältnisse für den hiesigen Bezirk zu schaffen. Alles sei teurer geworden und vor allem die Arbeitslöhne seien so sehr gestiegen, daß der hiesige Bezirk mit seinen Bauarbeiterlöhnen an vierter Stelle im deutschen Reiche stehe. Kein Wunder, daß die Bauten so teuer würden. Nicht so leicht wie den Arbeitern durch Streiks sei es den Unternehmern gemacht, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse aufzubessern. Kömer weiß rechnerisch nach, wie er als Hausbesitzer jetzt noch Schaden erleidet an seinen beiden Häusern in Bant, die 86 400 Mk. gekostet haben und die zu einer siebenprozentigen Verzinsung 5024 Mk. Miete einbringen müßten, tatsächlich aber jetzt erst trotz der Mietssteigerungen nur 4800 Mk. bringen. Also die Mietssteigerungen werden sicher noch fortgesetzt — so prophezeite Herr Pollet.

Krediteur Jacob wandte sich gegen den Vorsitzenden Pollet, der besser getan hätte, Vorschläge zur Wohnungsnot zu bringen, anstatt die Arbeiterschaft und die Bauwerksgemeindeverbreitung anzupöbeln. Es scheint fast, als wenn Pollet den Arbeitern die Schuld an der Wohnungsnot beimißt, weil sie zu hohe Löhne hätten. Die hier herrschenden Löhne seien doch erforderlich, weil die Lebenshaltung so teuer geworden. Diese Teuerung aber haben die Unternehmer und all die Bürgerlichen in dieser Versammlung mit verschuldet, weil sie Lebensmittelpreiserhöhungen in den Reichstag gelangt haben. Und würden die Löhne nicht entsprechend hoch sein, so hätten wir hier neben der Wohnungsnot schließlich für viele Familien auch noch eine Hungersnot. Den Lebensmittelpreiserhöhungen haben daher die Unternehmer vor allem die „hohen Löhne“ zu verdanken. Pollet hat nicht als Bürger ohne Sonderinteressen, sondern vom traffen Unternehmerstandpunkt aus gesprochen und Klamme für den Arbeitgeberverband gemacht, und es ist schließlich doch so gekommen, wie das Volksblatt vorauslagte: es soll in der heutigen Ver-

sammlung gegen Bant und Huppens gebremst werden; ein anderer Zweck hat die Versammlung nicht. Die Unternehmer können sich aber beruhigen: Bant und Huppens sind arme Gemeinden, die nicht mehr tun können und wollen, als unbedingt nötig ist. Wohl alle Versammlungsbesucher sind enttäuscht von den Versammlungsarrangements. Der Referent hat nicht viel neues gesagt und Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot sind gar nicht gemacht. Man hätte mindestens erwarten können, Vorschläge darüber zu hören, wie die zweiten Hypotheken beschafft werden können.

Lagerhalter Pfeiffer: Das einzige, was getan werden kann, ist, die Genossenschaften werden von den Gemeinden weitgehend unterstützt. Die Genossenschaften arbeiten doch günstiger, als Herr Pollet dargestellt hat. Bedauerlich ist, daß ein Bürgerverein (Hemmelndewohl in Bant) sich gegen die Unterstützung des Bauvereins „Selbsthilfe“ durch die Gemeinde Bant gewandt hat.

Kaufmann Carstensen legte dar, daß die Wohnungen im Bauverein bedeutend billiger zu stehen kommen, als Herr Pollet es schildert. Auch sind die Wohnungen groß und mit allen Bequemlichkeiten eingerichtet. Die gewünschte Unterstützung des Bauvereins durch die Gemeinde Bant ist durchaus nicht bedenklich, da ja der Gemeinde die Kontrolle der Verwaltung eingeräumt wird. Die Gemeinde Bant will die private Bautätigkeit nur bis zu 150 Wohnungen unterstützen. Aber es ist noch sehr fraglich, ob viele Privatunternehmer diese Gelegenheit wahrnehmen werden. Wenn der Arbeitgeberverband so wohlwollend auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken kann und will, weshalb hat er denn früher nichts gegen die wilde Spekulation unternommen? Pollet hat selbst zugestanden, daß Reute als Strohmänner funktionierten, die keinen roten Heller hatten.

Geschäftsführer Javoroff wandte ein, daß von seiner Seite beabsichtigt sei, den Genossenschaften etwas in den Weg zu legen, nur einheitlich sollte vorgegangen werden.

Kaufmann Frerichs schloß die Wohnungsnot, wie sie in Bant zutage getreten, und bedauerte, daß Pollet mit seinen schwarzen Schilderungen der Lage im Baugewerbe den Kredit eher weiter geschädigt hat, statt ihn zu heben.

Machinbauer Bauer hatte gehofft, der Arbeitgeberverband hätte Geld geholt; die Baugenossenschaften hätten dann schon dafür gesorgt, daß drei- und vierkammige Wohnungen gebaut werden. Anstatt aber Vorschläge gegen die Wohnungsnot zu bringen, erklärt Herr Pollet als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, sie hätten keinerlei Mittel, und er kündigt sogar eine weitere Mietssteigerung an. In nächster Zeit wird nun eine gemeinsame Versammlung der fünf Bürgervereine hier stattfinden, in der das Thema weiter behandelt werden wird.

Gastwirt Rohlfis erklärte, daß die Gemeinde Bant an den gesteigerten Bodenpreisen mit Schuld trage durch die Wertzuwachssteuer und durch das Abfließen des Grund und Bodens.

Herr Nichols meinte, der Wohnungsnot würde recht bald gründlich abgeholfen durch die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit auf der Werst; denn dann würden viele Familien aufs Land ziehen. Wie die Herren Hauseigentümer mit den Mietssteigerungen bei der Hand sind, habe die Zeit des Abbruchs der Offiziers- und Hinterstraße gezeigt.

Lehrer Ulrichs erwiderte, daß eine normale Preissteigerung der Mieten unbedingt notwendig war.

Lagerhalter Pfeiffer erwiderte Herrn Rohlfis, daß die Wertzuwachssteuer die gerechteste Steuer ist, die existiert.

Kaufmann Högemann bedauerte, daß weder die Leitung der Versammlung noch die vorbereitende Versammlung praktische Vorschläge gemacht habe. Er empfahl daher, daß die Vorstände der zur Vorrede eingeladenen Vereine nochmals zusammenkommen und sich mit den Behörden in Verbindung setzen, so daß die Genossenschaften nach Kräften unterstützt werden.

Vors. Pollet: Positive Vorschläge haben wir leider nicht machen können und der Arbeitgeberverband hat auch keine Mittel zur Verfügung. Er erwartet aber, daß Wohnungen recht schnell beschafft werden und daß die Behörden hierfür eintreten. Die Versammlung sollte auch nur den Zweck haben, einmal öffentlich aufklärend über die Sache zu wirken.

Der Referent betonte in seinem Schlusswort nochmals das Zusammengehen aller in Betracht kommenden Faktoren und appellierte an die Solidarität aller Gemeinden des Bezirks. — Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus aller Welt.

Der frühstehende Richter. In einer Sitzung des 3. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Frankfurt unterbrach dieser Tage ein Rechtsanwalt sein Plädoyer, weil es störend auf ihn einwirkte, daß ein Oberlandesgerichtsrat während der Verhandlung sein Frühstück zu verzehren begann. Das Gericht zog sich sofort zu einer Beratung über den Vorfall zurück und nahm — den Rechtsanwalt wegen längerer in eine Strafe von 30 Mk. — Eine Ungeheuer liegt hier, wenn sich die Sache so verhält, zweifellos vor, aber sie liegt nicht beim Rechtsanwalt, sondern bei dem frühstehenden Richter.

Furchtbarer Sturm auf der Insel Reunion. Aus Paris wird unterm 8. Februar gemeldet: Nach einem beim Kolonialministerium eingegangenen Kabeltelegramm hat auf der Insel Reunion ein furchtbarer Sturm drei Tage und zwei Nächte hindurch gewüthet; es ist unmöglich den Schaden zu schätzen, da alle Verbindungen unterbrochen sind.

Postwetter.

Freitag, 10. Februar: vormittags 9.52, nachmittags 10.34

Aus dem Matrosenleben.

Erzählung von Friedrich Gerstädt.

(29. Fortsetzung.)

„Wie viel Uhr, Toean Bill? — Wird's schon Tag? — Es muß noch früh sein!“
Bill, überhaupt kein großer Freund von vielen Worten, zeigte mit der Weilenpille nur gerade nach Osten hin und sagte, indem er den Kopf ebenfalls dorthin drehte: „Kommt eben.“

Timor folgte seiner Bewegung und schaute mehrere Minuten lang schweigend nach dem ständigen Horizont hinüber, das Waschen des linken Streifens zu beobachten. Plötzlich richtete er sich aber ein wenig höher auf, machte sich seinen rechten Arm frei, rief sich die Augen und schaute wieder unverwandt nach der Gegend hin. Er sah Bill's Mute und drückte es leise.

„Toean Bill“, flüsterte er dabei, doch so geräuschlos, daß die Leute kaum zu des Mannes Ohr drangen — „was ist das dort — Fische?“

Bill drehte den Kopf dorthin, wohin der junge Malaye zeigte, und sah allerdings gerade in diesem Augenblick einen dunkeln Gegenstand über dem Wasser vorkommen. Aber er hob sich nur höchstens einen Fuß über die Oberfläche, glitt etwa zwei oder drei Fuß darüber hin und verschwand dann wieder.

„Fischchen“, sagte Bill laut, als gleich darauf vier oder fünf derselben Art dem ersten folgten; „es sind Fische, Timor, mit denen können wir uns sehr wohl nicht einlassen. Wenn wir an so einen festhalten, schleppen uns der mit Unter und allem Gott weis wohin.“ Er nahm seine alte Stellung wieder ein und rauchte ruhig weiter, während Timor eine Weile die Fische beobachtete. Sie kamen nach kurzer Zeit noch einmal zum Vorschein — etwas näher dem Boot zu, wo auch eine ziemlich Menge Setzang, an einen der vorragenden Mastenstangen wahrscheinlich an- und festgeschwemmt war. Der Tang, der nach Nordosten zu lag, bildete dort eine volle, dunkle Kasse. Der Tag war aber noch nicht weit genug vorgerückt, um mehr als einen schwarzen, schattigen Streifen davon erkennen zu lassen.

Es ist vielleicht nötig, den Leser hier darauf aufmerksam zu machen, wie das Boot an der Küste geankert hatte. Die australische Küste, an deren nördlichem Ufer sie sich hier befanden, streckte sich von Osten nach Westen hin und bildete dadurch die südliche Bank der Torresstraße. Der vorherrschende Wind war in dieser Jahreszeit der Ostwind, und die Strömung lagte deshalb auch, durch Ebbe und Flut nur wenig beherstet oder geändert, in ziemlich starker Richtung nach Osten. Das kleine Boot „ritt“ vor seinem Anker, der es festhielt, während es zugleich der Strömung, so weit es der Anker zuließ, nachgab und deshalb mit seinem Bug gerade nach Osten, vielleicht einen Strich noch südlich, zeigte, da eine gerade hier oberhalb liegende kleine Bucht die Strömung größtenteils aufgefangen hatte und da, wo sie lagen, in die Straße zurückführte. Die Steuerbord- oder Starbordseite des Bootes zeigte deshalb nach dem Lande, die Backbordseite nach der offenen Straße hin.

Timor, der vorn im Bug saß, fing an zu fischen; die Morgenluft war, trotz der niedrigen Breite, in der sie sich befanden, ziemlich frisch und er wuschelte sich wieder in seine Decke. Die Fische wollten ihn aber doch noch nicht aus dem Kopf, und er sah auf's neue hinüber, warf er noch einen Blick nach dem Tang hinüber, wo sie verschwunden waren. Der graue Streifen im Osten war indessen auch etwas breiter und heller geworden, ohne jedoch noch nicht zu vermögen, als einen matten, kalben Seehorizont auf das sonst fast spiegelglatte Wasser zu werfen, was eher das Auge blendete, als

ihm die Gegenstände unterhalb half. Trotzdem glaubte er etwas sich wieder nach jener Richtung hin bewegen zu sehen und sprang noch einmal auf, stieg auf die vordere Bank und schaute scharf hinüber.

„Das sind im Leben keine Fische“, murmelte er dann für sich auf Malaisisch — „das sind entweder Schildkröten oder andere Fische, und vielleicht kommen sie dicht an's Boot heran, daß wir einen mit dem Elter (eine kleine fünf- oder dreifache Harpune) erreichen können. Ich will wenigstens Alles fertig machen.“

Der Elter lag aber mitten im Boot, und die Spitzen staken unter dem hinteren Sitz, damit sich niemand die Nacht darin reihen konnte. Um ihn zu bekommen, mußte der junge Burische über François wegstiegen, und die Stange sehr heftig und vorsichtig, konnte er nicht verhindern, daß er Hans antick und weckte. Dieser, als er sich berührt fühlte, fuhr rasch in die Höhe und fragte, was es gabe.

„Oh nichts“, sagte der Malaye leise, „legst dich ruhig wieder hin, ich wollte nur die Harpune vorholen und bin ungeschickt dabei gewesen. Es sind Fische da, die vielleicht zum Boot herankommen.“

„Was für Fische, Timor?“ sagte Hans, sich die Haare aus dem Gesicht streichend und seine Mute, die ihm im Schlaf heruntergefallen war, wieder aufsetzend.

„Oh, ich weiß selber noch nicht, ich kann nur sehen, wo sie sich bewegen“, erwiderte Timor. — „Sie scheinen hier um's Boot herum zu spielen und kommen vielleicht näher.“ Timor sprach mit Hans gewöhnlich in seiner eigenen Sprache.

Hans richtete sich auf und warf einen Blick um sich. Er schaute nach den sich lichtenenden Wolken und dem noch düster vor ihnen liegenden Küstenstreifen hinüber. Timor aber, der glaubte, daß er den Plan sah, wo die Fische wären, zeigte mit dem Arm nach dem Tang hinüber, der aber jetzt vollkommen regungslos blieb. Der Tang konnte etwa sechzig Schritt von ihnen entfernt sein.

„Da war aber etwas, mehr nach dem Land hin“, sagte Hans, dessen Blick unwillkürlich der Richtung gefolgt war, die ihm Timors's Arm bezeichnete. „Das muß ein großer Fisch gewesen sein, und ich hätte gar nicht geglaubt, daß sich die so weit nach dem Land zu verlieren.“ Wört ja nicht die Harpune nach sich! einem Burischen, wenn er hier herankommen sollte, Timor, dem entweder rief er sich selber mit über Bord, oder wie sehen sie etwas von dem Elter wieder, und es ist der einzige, den wir mitnehmen. — Halt, da wieder — er will zwischen dem Land und uns durch.“

Der Fisch ging aber tief und kam nicht wieder auf, wenigstens nicht, daß es Hans und Timor bemerkt hätten. Durch das Sprechen war jedoch François ebenfalls munter gemacht, richtete sich auf und rief den anderen beiden seinen guten Morgen zu.

„Qu'est — ce que c'est ça?“ — rief er — aber plötzlich, den Arm nach dem Lande ausstreckend — „des poissons?“

„Rein, bei Gott nicht!“ rief Hans, der bei dem jetzt deutlich zu ihnen herüberhallenden Klatschen den Kopf rasch dorthin drehte — „das sind keine Fische — das ist ein Schwarzer, und ich habe doch Niemand ins Wasser steigen sehen!“

„Wo?“ rief Bill und richtete sich rasch in die Höhe; auch Jean wurde munter.

Bill hatte seine Mute aufgefunden und schaute scharf nach dem Gegenstand hin, der sich jetzt gar nicht mehr erkennen ließ. Es war jedenfalls ein Indier, der hier ganz unbesorgt, etwa sechzig Schritt von ihrem Boot entfernt, herumgelaufen und tanzte. Als er übrigens merken mochte, daß alle Blicke nach ihm gerichtet waren, hob er sich, so

weit er das schwimmend konnte, aus dem Wasser und rief etwas nach ihnen herüber.

Was er rief, konnten sie natürlich nicht verstehen, Hans aber, um ihm zu zeigen, daß er gesehen sei, antwortete ihm auf gut Glück in einem südpazifischen Dialekt, obgleich er kaum hoffen durfte, von ihm verstanden zu werden. Jeder australische Stamm hat fast eine andere Sprache.

„Parai tiripindo — komm näher heran.“ Der Wilde, als ob er wolle, was man von ihm verlangte, kam jetzt einige Schritte herangekommen und hielt dann wieder wie ungeschlüssig.

In demselben Augenblick wurden nach Norden zu, also an der dem Land entgegengesetzten Seite, mehrere Köpfe über Wasser sichtbar, tauchten aber auch schon nach wenigen Sekunden wieder unter — sie waren nur zum Atemholen in die Höhe gekommen und befanden sich keine dreißig Schritt mehr vom Boot. Die Aufmerksamkeit der Matrosen wurde jedoch durch den neuen Anruf des Wilden zu sehr in Anspruch genommen, um sich der andern Seite zuzuwenden. — Sie sahen nicht was hinter ihnen vorging.

„Es wäre gut, wenn wir uns einen der Burischen zum Freund machen könnten“, sagte Hans zu Jean gerichtet — „er würde uns auf dem besten Land von unberechenbarem Nutzen sein. Wir wollen es jedenfalls versuchen.“

„Nunja ngun renga patleri!“ rief der Wilde jetzt deutlich zu ihnen herüber.

„Hol' der Teufel die Sprache!“ brummte Hans, „ich verstehe kein Wort davon.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Der Klassenkampf des Proletariats. Von Carus. Die unter diesem Gesichtspunkt erschienenen sechs Bändchen sind namentlich zu einem Bande vereinigt im Verlage der Buchhandlung Bornträger zur Ausgabe gelangt. Besonders den Bibliotheken ist die Anschaffung dieses Werkes empfohlen. Preis broschiert 2 Mark, gebunden 2,50 Mark. Zu haben in allen Buchhandlungen und Expeditionen.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung. Herausgeber Dr. Albert Geden, Berlin. Buchhandlung Bornträger, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Probenummern werden kostenlos versandt. Preis vierteljährlich 3,00 M. — Die Hefte 4 und 5 sind schon erschienen. Der Inhalt ist für alle Interessierten der Gemeindepolitik von größter Wichtigkeit und stellt die Fortschritte dieses Gebietes in verständlicher, der sich mit der Kommunalpolitik zu befassen hat.

Von der neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 18. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Es erscheint wöchentlich und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Reisebüros zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung. — Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: **Justizreform.** — **Religionswissenschaft und Sozialismus.** Von A. Haeuser. — **Robert Moller.** ein Versuch des achtzehnten Jahrhunderts. Von M. Beer. — **Finland's fünfte Volkerversammlung.** Von M. Marina. — **Die Kolonialbewegung im Ruhrgebiet und die Christen.** Von Heinrich Hermann (Weidenfeld). — **Technisch-wirtschaftliche Rundschau.** Von Richard Weid. — **Literarische Rundschau:** Dr. Leopold Caro, Wunderröhrung und Wunderröhrungspolitik in Deutschland. Von J. Kautz. — **Wunderbarkeiten und Wundergeschichten.**

In freien Stunden. Illustrierte Wochenchrift für das arbeitende Volk. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten langes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Viertel-Buchhandlungen und in der Buchhandlung Bornträger, Lindenstr. 69, zu haben ist. Der Preis beträgt die Hälfte der Kosten und um rege Gattungen für dieses Viertelunternehmen. Von hinzutretende Abonnenten können die erschienenen Hefte nachgekauft. Diese Wochenchrift bietet dem Arbeiter und seiner Familie lehrreichem, ausgedehnten Lesestoff. — Die Hefte 4 bis 5 sind erschienen. Der Roman „Der Jude“ von C. Spindler wird fortgesetzt. Außerdem enthalten die Hefte noch kurze Abhandlungen über verschiedene Gegenstände von allgemeinem Interesse.

Warum

weisen wir immer ausdrücklich auf das echte Paket hin?

1. Weil die äussere Verpackung von Kathrein's Malzkaffee oft nachgeahmt wird,
2. Weil durch diese Nachahmungen der Glauben erweckt werden soll, ihr Inhalt sei echter Kathrein's Malzkaffee,
3. Weil allein das gesetzlich geschützte echte Paket die Garantie bietet für den reinen und unverfälschten Kathrein's Malzkaffee.

Darum

weisen wir immer ausdrücklich auf das echte Paket hin.

Die Kennzeichen des echten Kathrein's Malzkaffee sind:

1. Das geschlossene Paket.
2. Schutzmarke „Pirrer Kneipp“.
3. Firma „Kathrein's Malzkaffee-Fabriken“

Verlangen Sie also ausdrücklich: Ein Paket Kathrein's Malzkaffee!

„Der Gehalt macht's!“



Bekanntmachung.

Das Verzeichnis der Berufsgenossenschaft Oldenburger Landwirte über die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer, in welchem die bis zum 31. Dezember vor. Jahres angemeldeten Betriebswechsel, Veränderungen und Eröffnungen, sowie die auf Grund der Einkommensteuer (Einkünfte) für 1910 gegen das Vorjahr eingetragenen Veränderungen der Betriebsverhältnisse festgestellt sind, liegt vom **Mittwoch den 8. Februar** an auf 2 Wochen in **H. B. Gerdes** Wirtschaft in Schortens zur Einsicht der Beteiligten aus.

Winnen einer weiteren Zeit von einem Monat können die Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in das Verzeichnis, sowie gegen die Veranlagung und Abänderung bei dem Genossenschaftsorgane, durch welches die Veranlagung und Abänderung erfolgt ist, Einspruch erheben. Neu-Abdienenhausen, 6. Febr. 1911.

G. Gerdes, G.B.

Pflanzenfett

1 Pfund .. 60 Pf.

Pflanzenbutter

1 Pfund .. 75 Pf.

J. H. Cassens

Schaar und Bant, Peterstraße 42.

Billetts bei Paul Hng & Co.

Pant, Peterstraße.

Wilhelmtheater.

Dienstag den 14. Februar, abends 8 Uhr
in sämtlichen Räumen des Seemannshauses

Grosser Künstlermaskenball

beim Grafen von Luxemburg

Vorher: Großes Variété-Programm

Bierstube beim „Fidelen Bauer“!

Sektbude! Blumenladen etc. Sektbude!

Graf v. Luxemburg ist zum Empfang

der Gäste persönlich anwesend

Vorverkauf: Herrenkarte 2 Mark, Damenkarte 1 Mark

An der Abendkasse 50 Pfennig höher.

Banter Volksküche.

Mittwoch.

Freitag: Sauerbraten mit Schweinefleisch.

Schöne Maskenkostüme

für Herren u. Damen, verleiht billig

Wilde, Bant, Mittelstr. 59, II. und

Seidenhof, Edo Wiemkenstr. 19.

Vergrößerungen

liefern am besten und billigsten

H. T. Becker, Friederichstr. 44.

Wiederverkauf hoher Rabatt.

Die Meldestelle

für verlaufene Kinder be-

findet sich bei

Franz Schenck, Bant.

Restaurant Peterhof, Bant.